



STIMMEN FÜR LÜBECK

DER NEWSLETTER DER SPD-LANDTAGSABGEORDNETEN
Wolfgang Baasch | Kerstin Metzner | Thomas Rother | Ausgabe Nr.7 | November 2018



| Für Lübeck im Landtag!

KERSTIN-METZNER.DE

THOMAS-ROTHER.DE

WOLFGANG-BAASCH.DE

09. November 1918

100 Jahre Novemberrevolution – Wende zur Demokratie!

Am 09. November jährt sich zum 100. Mal die Ausrufung der Republik durch den Sozialdemokraten Philip Scheidemann. In den Tagen zuvor meuterten Matrosen in Kiel gegen den Versuch der deutschen Marineleitung, mit einer letzten Entscheidungsschlacht die vermeintliche Ehre der Mittelmächte im bereits verlorenen ersten Weltkrieg zu retten. Ihr Leben war ihnen wichtiger als der eingepregelte preußische Kadavergehorsam, der in den sicheren Tod geführt hätte. Doch es ging den Matrosen um mehr – die Erlangung einer demokratischen Republik – manchen auch um ein Räte-System nach russischem Vorbild. Die politischen Weichen in Berlin waren bereits auf Demokratie gestellt und die unabhängigen Sozialdemokraten setzen auf eine eigene Rätebewegung von den Betrieben ausgehend. So fügten sich der Aufstand der

Matrosen und die Demokratisierung Deutschlands in der Novemberrevolution zusammen. Die Grundlage der politischen Neuordnung Deutschlands wurde nicht nur durch die Abdankung der verkommenen Hohenzollerndynastie geschaffen, weit wichtiger war die Einführung eines allgemeinen, gleichen, freien und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen mit der Wahl einer Deutschen Nationalversammlung. Diese Ereignisse hat der Landtag mit einer Resolution, die von SPD, CDU, Bündnis 90 / die Grünen, FDP und SSW gemeinsam getragen wurde, angemessen gewürdigt. Damit wird gleichermaßen einer kommunistischen Verklärung der Ereignisse sowie ihrer reaktionären Umdeutung in den „Dolchstoß der Heimat gegen die im Feld unbesiegte Armee“ widersprochen. Der Landtag würdigt dieses revolutionäre Ereignis mit Veranstaltungen und einer Ausstellung. Diese Ausstellung soll bewahrt bleiben und dauerhaft diesen Wendepunkt der deutschen Geschichte in das Gedächtnis der Menschen rufen.

Thomas Rother



HILFT
DEN KAMPF
GEWINNEN

Roter Salon

Herzliche Einladung zum Roten Salon

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
Liebe Genossinnen und Genossen !

Im Rahmen des Roten Salon lade ich Euch / Sie zu einer Lesung und anschließendem Gespräch mit dem renommierten Journalisten und Publizisten Prof. Tanjev Schultz aus seinem Buch:

**NSU - "Der Terror von rechts
und das Versagen des Staates"**

07.12.2018

18:30 Uhr Diele

Mengstrasse 41- 43

23552 Lübeck

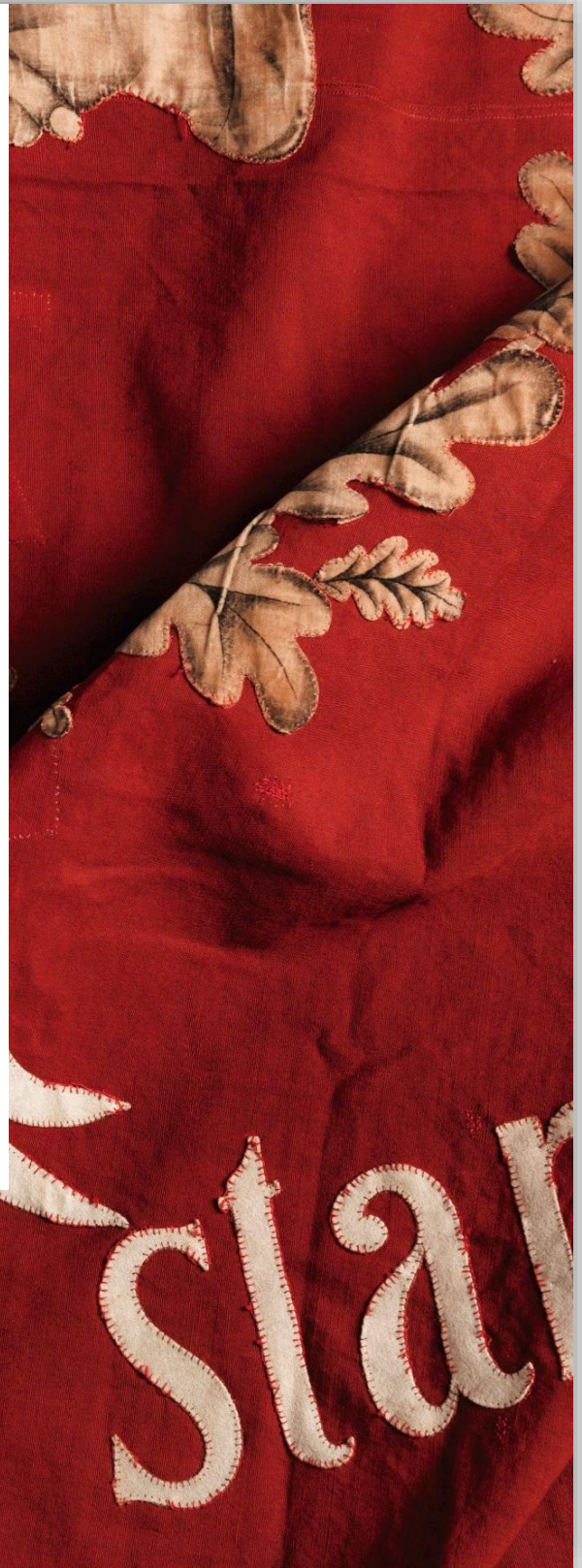
ein.

Der frühere Redakteur der Süddeutschen Zeitung begleitete die NSU Untersuchungsausschüsse in Berlin und berichtete regelmäßig aus dem NSU Prozess in München.

Ich bitte um Anmeldungen per Mail unter: sandra.odendahl@spdluebeck.de oder telefonisch unter 0451 7027220.

Mit besten Grüßen

Wolfgang Baasch





Recht auf Wohnen

Es muss unser Ziel sein, dass alle Menschen eine Wohnung haben!

Es ist beschämend, dass in Deutschland Menschen wohnungslos sind. Das heißt, es gibt Menschen, die keinen Mietvertrag, keine Wohnung haben oder die kurz vor der Zwangsräumung stehen bzw. wegen vieler anderer Schwierigkeiten in ihrem Leben auf der Straße leben müssen. Wenn wir über Wohnungslosigkeit sprechen, sprechen wir mittlerweile von ca. 1 Million Menschen, die in Deutschland keine eigene Wohnung haben - so die aktuelle Prognose der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. Das heißt, diese Menschen leben in Notunterkünften oder in Sammelunterkünften, in billigen Hotels, auf der Straße oder retten sich bei Freunden von Couch zu Couch. Und darum muss es unser Ziel sein, dass alle Menschen eine Wohnung haben. Dass die Menschen ihre eigene Wohnung haben, in der sie sich sicher und zu Hause fühlen können. Darum unterstützt die SPD auch die Volksinitiative des Sozialverbandes und des Mieterbundes Schleswig-Holstein, die **das Recht auf angemessenen Wohnraum in unserer Landesverfassung festschreiben** möchte. Dieser dann auch festgeschriebene politische Wille und der Bau von Wohnungen mit sozialer Bindung sind die Antwort auf das Marktversagen im Wohnungsbereich. Wir müssen dem Marktversagen sowie dem Missbrauch durch Spekulationen, der Überbelegung und Verwahrlosung von Wohnraum sowie der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entschieden entgegenreten.

Die Vermeidung und den Abbau von Wohnungslosigkeit gilt es zum zentralen politischen Handeln aller Akteure in der Kommune, im Land und im Bund zu machen.

Menschen mit vielschichtigen Problemlagen wie einer Suchterkrankung oder einer psychischen Erkrankung, Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten zum Beispiel mit Mietschulden brauchen dabei besondere Hilfe. Ohne niedrigschwellige Beratungs- und Hilfsangebote werden diese Menschen gezwungen, von einem Not-Asyl ins nächste Not-Asyl zu wechseln. Und die steigende Überschuldung in Schleswig-Holstein wird auch zu einer Verschärfung im Bereich des Wohnungsmarktes führen. Denn wer überschuldet ist, kann oft zuerst seine Miete nicht mehr bezahlen. Um die Beratungs- und Hilfsangebote zu stärken, hat die SPD-Landtagsfraktion für den Haushalt 2018 bereits eine Aufstockung der Wohnungslosenhilfe auf über 1 Million Euro beantragt. Wir wollten den entsprechenden Haushaltstitel von 682.000 Euro um 400.000 Euro auf Grund der steigenden Zahlen von Wohnungslosen in Schleswig-Holstein erhöhen. Leider wurde dieser, unser, Haushaltsantrag abgelehnt. Aber die Erkenntnis ist jetzt auch bei Jamaika gereift, dass für 2019 die Wohnungslosenhilfe verstärkt werden muss. Der Beleg findet sich auch heute in dem vorgelegten Alternativantrag der Koalitionsfraktionen wieder. Damit wurde eins zu eins unser Haushaltsantrag von vor einem Jahr aufgegriffen. Dem werden wir natürlich zustimmen. Gut, dass unsere sozialdemokratische Initiative von Jamaika umgesetzt wird. Den Ursprungsantrag der AFD lehnen wir ab. Eine Partei, die eine irrationale Angst vor Überfremdung und den Verlust einer angeblich deutschen Identität produziert und mit rassistischem Gedankengut Menschen in schlechter oder besser einteilt, kann über kein soziales Gewissen verfügen. Eine Partei, die sonst den Rückzug des Sozialstaates fordert, gibt sich mit dem Ursprungsantrag einen vermeintlich sozialen Anstrich.

Wolfgang Baasch

Kiel

Vergabegesetz

Die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien, ökologischer und sozialer Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist seit 2013 in dem Tariftreue- und Vergabegesetz festgeschrieben. Am 5. September 2018 hat die Jamaika-Regierung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vergaberechts im Schleswig-Holsteinischen Landtag eingebracht. In dem neuen Gesetzentwurf sollen als sogenannte „strategische“ Ziele bezeichneten Nachhaltigkeitskriterien, ökologische und soziale Standards der Beliebigkeit geopfert werden. Jede Vergabestelle im Land, in den Kreisen und Kommunen soll selbst entscheiden, ob sie diese Kriterien einhalten will oder nicht. Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung wird mit diesem Gesetzentwurf außeracht gelassen. Am 14. November 2018 hat im

Wirtschaftsausschuss die mündliche Anhörung stattgefunden. Hier wurde klar, dass die Wirtschaft der Verantwortung für gute Arbeit und faire Beschaffung unter dem Deckmantel eines Bürokratieabbaus gern ausweichen wird. Umso dankbarer sind wir über die durch DGB Nord und BEI initiierte Petition „Kein Steuergeld für Kinder- und Zwangsarbeit. Für Umweltschutz und faire Arbeit – hier und weltweit“ (abrufbar unter folgendem [Link](#)).

Wir fordern, auch weiterhin in dem Tariftreue und Vergabegesetz Nachhaltigkeitskriterien, ökologische und soziale Standards als verbindliche Vergabekriterien beizubehalten!

Setzt mit uns dieses wichtige Signal! Unterschreibt die Petition, die der DGB und das Bündnis Eine Welt an den Landtag richtet!

*Thomas Rother ·
Kerstin Metzner · Wolfgang Baasch*

Schleswig-Holstein kauft fair!

Für faire Arbeitsbedingungen und Umweltschutz.

Hier und weltweit.

Unterstützen Sie diese Petition. Jetzt!



BEI
Bündnis Eine Welt
Schleswig-Holstein

PM

Volkstrauertag

Zum Volkstrauertag hatten der SPD Kreisverband Lübeck, die SPD Bürgerschaftsfraktion und der DGB Stadtverband Lübeck zu einer gemeinsamen Gedenkfeier auf dem Vorwerker-Friedhof am Mahnmal für die Opfer Nationalsozialistischer Gewaltherrschaft eingeladen. Bürgermeister Jan Lindenau vertrat die Hansestadt. Die Gedenkrede hielt diesmal Kerstin Metzner, Landtagsabgeordnete und Mitglied des SPD-Kreisvorstandes Lübeck. Als Zeichen des Gedenkens haben die Hansestadt Lübeck, der SPD-Kreisverbandes und die SPD-Bürgerschaftsfraktion, sowie der DBG Kränze am Mahnmal abgelegt. Der SPD-Kreisvorsitzende Thomas Rother eröffnete die gut besuchte Gedenkfeier mit der Erinnerung an den Matrosenaufstand am 9. November 2018. Erst durch ihn wurde der erste Weltkrieg

nach Jahren des Hungers und großer menschlicher Verluste endlich beendet. Kerstin Metzner betonte in ihrer Gedenkrede, dass Krieg das Furchtbarste ist, was man einer Zivilisation antun kann. In ihrer bewegenden Rede ging sie auf die unverarbeiteten Fluchterfahrungen der Generation der Kriegskinder ein. „Die Kleinsten starben zuerst. Kinder mussten ihre Geschwister, ihre Freunde am Wegesrand zurücklassen. Welche Erinnerungen verfolgen diese Generation?“ Mit Blick auf die heutige politische Lage stellte Kerstin Metzner fest: „Unübersehbar ist die Zahl derer, die sich in der heutigen Politik nicht mehr wiederfinden, die sich missverstanden fühlen, die die Komplexität und Widersprüchlichkeit im Regierungshandeln nicht verstehen. Wir sehen auf der ganzen Welt die wachsende Macht von Demagogen, die nicht anders als 1933 agieren. Sie schaffen es mit polemischen Aufrufen, die Massen anzuziehen und sie zu beeinflussen.“



v.l.n.r.: Kerstin Metzner, MdL und Mitglied des SPD-Kreisvorstandes, Sven Quirder, Vorsitzender DGB Stadtverband Lübeck, Thomas Rother, MdL und SPD-Kreisvorsitzender, Peter Petereit, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Die Rednerin warf die Frage auf, welchen Einfluss haben die Medien mit ihrer brutalen Berichterstattung haben. Unter Bezug auf die anstehenden Europawahlen verwies die Abgeordnete darauf, welche Bedeutung das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für Frieden, Toleranz und Völkerverständigung in einem geeinten Europa hat. „Den Frieden zu wahren und zu verteidigen, ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.“ Die Feier endete mit dem Totengedenken und einer Minute des Schweigens.

Thomas Rother ·
Kerstin Metzner · Wolfgang Baasch

Europawahl 26.05.2019

Enrico Kreft wird Spitzenkandidat in SH – Wir gratulieren!

Die delegierten der Wahlkreis-Konferenz zur Europawahl haben entschieden: Spitzenkandidat der SPD Schleswig-Holstein zur kommenden Europawahl im Mai 2019 wird Enrico Kreft. Wir begrüßen die Entscheidung unserer Genossinnen und Genossen. Nicht nur, weil mit Enrico ein Lübecker Spitzenkandidat wird, sondern, weil er sich um Europa verdient gemacht hat. So ist sein

ehrenamtliches Engagement geprägt durch den unermüdlichen Einsatz in der EuropaUnion. Seit nunmehr als 15 Jahren engagiert sich unser Kandidat in der grenzüberschreitenden europäischen Zusammenarbeit, weit über Parteigrenzen hinaus. Auch seine Arbeit im Landes- und Kreisvorstand ist geprägt durch seine Rolle als Vermittler.

Wir wünschen ihm schon jetzt viel Erfolg und freuen uns auf den gemeinsamen Wahlkampf.

Frei nach dem Motto #MorsHoch!

*Thomas Rother ·
Kerstin Metzner · Wolfgang Baasch*

ARK IM NORDEN.

SCH
HOL

S





Wolfgang Baasch

Erzieher

Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Europaausschuss
- stellv. Vorsitzender im Sozialausschuss
- stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Behindertenpolitischer Sprecher
- Sprecher für Arbeitsmarkt und Gewerkschaften

Kontakt | w.baasch@spd.ltsh.de

Funktionen im Landtag

- Mitglied im Umwelt- und Agrarausschuss
- Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Sprecherin für Fischereipolitik
- Sprecherin für Maritime Wirtschaft / Häfen und Küstenschutz
- Sprecherin für Verbraucherschutz
- Sprecherin für freie Berufe
- Sprecherin Bündnis Eine Welt (BEI)
- Mitglied BINGO-Vergaberat

Kontakt | info@kerstin-metzner.de



Kerstin Metzner

Dipl.-Ing. Ingenieurbau
& Wasserbau



Thomas Rother

Diplom-Betriebswirt
& Sozialökonom

Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung,"
- Vorsitzender des Finanzausschusses
- Vorsitzender Beteiligungsausschuss des Landtages
- Vorsitzender Anstaltsbeirat bei der JVA Lübeck
- Stellv. Vorsitzender des 1. parlamentarischen Untersuchungsausschusses
- Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landes-verfassungsgerichts

Kontakt | info@thomas-rother.de